

Korrespondenz: Thema: Demokratie und „wahre Demokratie“

1. „... sodass ich glaube, dass wir uns in der Kritik des herrschenden demokratischen Systems einig sind. Nur dass dieses System mit richtiger Herrschaft des Volkes gar nichts zu tun hat. Von daher finde ich deine Kritik irgendwie doch verfehlt, wenn du damit etwas gegen Demokratie überhaupt gesagt haben willst.“

Ich bezweifle, dass wir uns da wirklich einig sind. Aber der Reihe nach: Einerseits könnte es einem egal sein, wie *du* jene Herrschaftsform nennen willst, mit der hier dafür gesorgt wird, dass die Bürger sich eine Herrschaft wählen, der sie regelmäßig ihre Angelegenheiten überantworten: und dies obwohl sie ständig mit den Gewählten und ihrer Politik aus guten Gründen hadern. Nenne sie das „parlamentarisches System“ oder das „herrschende politische System“ oder Demokratie in Anführungszeichen oder sonst wie. Aber eines ist klar: Dieses politische System regiert die Bürger hier seit Jahrzehnten und hat sich darin bei allen Beschwerden der Bürger über das, was Regierungen mit ihnen anstellen, zugleich als von den Wähler immer wieder geschätzte politische Ordnung etabliert und überdies unangreifbar gemacht. Es gibt hier - übrigens auch immer mit parlamentarischen Mehrheiten abgesegnet - die 5%-Klausel, ist die Zulassung zur Wahl an ein Bekenntnis zum Grundgesetz gebunden und werden Parteien – wie z.B. einst die KPD – verboten, auch wenn sie nur verdächtigt werden, etwas gegen die „freiheitlich-demokratische Grundordnung“ unternehmen zu wollen. Dabei gilt dieses System in Politik und Öffentlichkeit, in Schule und Wissenschaft als Inbegriff zivilisatorischer Werte. Diesem politischen System, das die Bürger alle vier Jahre dafür einspannt, eine Regierung zu ermächtigen, über sie die Herrschaft auszuüben, gelten meine kritischen Bemerkungen.¹ Ob wir uns darin einig sind?

Zumal es verfehlt ist - und dies ist das andererseits – , wie du mit deiner Kritik ansetzt: Du wirfst dem herrschenden demokratischen System vor, dass es etwas *anderes nicht ist*. Es als verfehlt Abweichung von (d)einem Ideal der Demokratie zu brandmarken, taugt nichts; und zwar aus mehreren Gründen nichts: Erstens, weil der herrschenden Form der Demokratie damit *zugute* gehalten wird, sie *sei eigentlich* etwas Anderes, Besseres, Volksgemäßeres als sie tatsächlich *ist*; zweitens, weil dies wie eine Aufforderung an die Politik zu lesen ist, sich endlich auf die „wahre Demokratie“ zu besinnen; drittens, weil der Politik damit unterstellt wird, einem Missverständnis über ihre eigene Herrschaftsform aufgesessen zu sein, und eigentlich *kein* eigenes politisches Interesse an dem real existierenden demokratischen Parlamentarismus zu haben; und viertens, weil du mit dieser Negativbestimmung – die herrschende ist *nicht* die wahre Demokratie – all das von jeder kritischen Beurteilung verschonst, was diese *positiv* darstellt, sprich: was mit ihr als bürgerlicher politischer Ordnung hier angerichtet wird. Noch einmal anders gesagt: Deine Behauptung, wir seien uns in der Kritik des herrschenden demokratischen Systems einig, relativierst du zugleich mit dem Urteil, dies sei ja gar nicht die richtige Demokratie. Weswegen man wohl meine Kritik letztlich in der Pfeife rauchen kann: „...finde ich deine Kritik irgendwie doch verfehlt“.

Deine Konstruktion eines Ideals von Demokratie bemüht das Grundgesetz, demzufolge Demokratie die „Herrschaft des Volkes“ ist. Nimm das mal wörtlich: *Worüber* soll denn das Volk Herrschaft ausüben? Über *sich selbst*? Wie soll einunddasselbe Subjekt, das Volk in Personalunion, Herrschaft ausübendes und als zugleich als sie erleidendes Subjekt sein. Das klingt auf den ersten Blick wie logischer Unfug und ist es sachlich gesehen auch. Aber so wörtlich hast du dein Ideal wohl nicht gemeint.

Wahre Demokratie, das übersetzt du dir als kritischer Mensch – ich muss mutmaßen, weil du das

¹ Siehe dazu besonders: P.Decker (Hrsg.), Demokratie. Die perfekte Form bürgerlicher Herrschaft, München 2013

nicht ausführst – in das Bild von Bürgern, die besonders in ihrem Lebensbereich jeweils über ihre Lebensbedingungen *mitbestimmen* wollen, dafür kompetente Kollegen *delegieren*, die ihre Interessen *vertreten* und in entsprechenden Einrichtungen für die adäquate *praktische Umsetzung* sorgen. Soweit so übersichtlich. Aber stell dir das mal für die hiesigen polit-ökonomischen Verhältnisse vor: Da organisieren lohnabhängige Arbeitskräfte auf diese Weise ihr Interesse an mehr Lohn, sicherem Arbeitsplatz und besseren Arbeitsbedingungen, während die Unternehmer das genau *entgegengesetzte* Interesse auf den Weg bringen und praktisch realisieren wollen. Dasselbe kannst du ausmalen für das Verhältnis Vermieter und Mieter, Steuerzahler und Steuerkassierer, für Flüchtlingsfeinde und Flüchtlingsfreunde usw. Es verhält sich eben so, dass sich in unserer hübschen Gesellschaft die Interessen der Bürger je nach Klassenlage, Besitzstand und Herrschaftsposition und auch schon mal nach dem politischen Standpunkt *ausschließen*. Konkurrenz, das ökonomische Hauen und Stechen, bestimmt das tägliche Bemühen um Geldverdienst. Und dass für jede Lohnerhöhung gekämpft, Unternehmer gelegentlich mit Streiks erpresst werden, steht auch nicht gerade für einvernehmliche Verfolgung von Bürgerwünschen. Dein Ideal von Demokratie passt also, freundlich formuliert, gar nicht zur herrschenden Ökonomie, nennen wir sie Marktwirtschaft oder Kapitalismus. Dabei gilt sie dir doch im Unterschied zur real existierenden als die *perfekte* Form der politischen Ordnung dieser Gesellschaft. Anders gesagt: Dein *Bild* von der Demokratie lebt von der Vorstellung, dass Menschen gemeinschaftlich erörterte und festgelegte Interessen in einem arbeitsteilig gedachten gesellschaftlichen Verbund verfolgen; eine Vorstellung, die auch du im Kapitalismus mit seinen Klassen- und anderen Gegensätzen schwerlich wiederfinden wirst.

Ich habe den Verdacht, dass du dabei auf etwas hereinfällst, was man hierzulande beim Begriff „Volk“ zu denken gelernt hat; was aber das, was „das Volk“ *ist*, gar nicht trifft. Das Volk ist eben keine Gemeinschaft *gleich aufgestellter* und vielleicht sogar irgendwie auch noch *wesensgleicher* Menschen, wie die Rede von der nationalen Identität der Volksangehörigen – beileibe nicht nur im rechten Lager - glauben machen will. Volk bezeichnet zunächst einmal eine *Abstraktion*, ein Absehen von all den ökonomischen und politischen Gegensätzen, die hier herrschen. So gesehen gibt es diese vorgestellte identitäre *Gemeinschaft* 'Volk' gar *nicht real*. Was im übrigen all jene Mitbürger einmal zur Kenntnis nehmen sollten, die sich mit der 1. Person Plural, dem großen „Wir“ im Namen aller übrigen Staatsbürger - natürlich immer nur ideell - in die 'große Politik' einmischen.

In einer und zwar in einer gar nicht abstrakten Hinsicht gibt es jedoch *das Volk* real. Diese Realität ist jedoch von deinen Volksidealen meilenweit entfernt, sie stellt diese sogar auf den Kopf. Was alle Mitglieder eines nationalen Volkes *eint*, das ist nämlich allein die ihnen *aufgenötigte* Staatsangehörigkeit. Deutsche sind sie nicht qua willentlicher Entscheidung, sondern qua Rechtsakt. Und der schließt zugleich für alle Volksangehörigen die *Unterwerfung* unter den Rechtsstaat ein. Unabhängig von Einkommen, sozialem Status oder politischer Meinung gilt mit der Staatsbürgerschaft für *jedermann* das gewaltbewehrte Recht gleichermaßen als unumstößliche Richtschnur für alle Bemühungen, mit *frei gesetzten* Lebenszielen sein „Glück zu machen“. Dass diese Bestrebungen dann sehr unterschiedlich ausgehen, das liegt nicht an Freiheit und Gleichheit, liegt nicht daran, dass alle gleichermaßen auf die Achtung des Eigentum verpflichtet sind, sondern allein daran, *wie viel* sie selbst davon haben; sprich: wie sich die diversen Mitglieder des *einen* Volkes am Eigentum - gar nicht abstrakt - *auseinandersortieren*. Dann sind sie 'Arbeitgeber', Vermieter und Grundbesitzer, die im *Alltag* auf Kosten eigentumsloser Menschen, 'Arbeitnehmern', Mietern und Pächtern, ihren Geldverdienst mehren. Am nächsten *Wahlsonntag* sind sie dann wieder – übrigens ebenso wie bei jeder Fußball-WM - als das einträchtige Volk gefragt, das erneut ganz gleich, frei und geheim die Urnen füllt. Das Staatsvolk gibt es also real, aber nur als die staatsbürgerlich definierte und per Rechtsordnung unter die herrschenden politischen Zwecke subsumierte Masse an Bürgern. Dass die in dieser Unterordnung in der Demokratie zugleich mit

viel Freiheiten ausstattet sind, ist kein Widerspruch, sondern gerade der Witz an der demokratischen Ordnung dieser Klassengesellschaft. Die unterschiedliche freie Nutzung der jeweiligen materieller Ausstattung der Bürger schafft Wachstum, füllt den Staatshalt und reproduziert den Klassengegensatz, was nicht nur die Armuts-, Arbeitslosen- und Invalidenstatistiken Jahr für Jahr belegen

So gesehen ergibt die im Grundgesetz fixierte und von dir idealisierte „Volksherrschaft“ doch ihren wenig erfreulichen Sinn. Wenn man sich die funktionierende Demokratie etwas genauer anschaut, dann kommt das Volk in der Tat *doppelt* vor; allerdings nicht in Personalunion. Das Recht, das die Wahlen regelt, erlaubt jedem für mündig erklärten Mitglied des Staatsvolkes eine Regierung zu wählen, die dann im „*Namen des Volkes*“ die Herrschaft *über das Volk der Wähler* ausübt: Alles was die Regierung beschließt gilt dann als des *Volkes Wille* – immerhin hat das Volk sie ja mit seinem Wahlkreuz zu ihrem Treiben autorisiert. Diese aparte Verdoppelung in ein ermächtigendes Volk und eine ihm gegenüber ermächtigte Regierung, die für eine Wahlperiode gegenüber dem Volk verselbständigt ihre Entscheidungsfreiheit umsetzt, ist natürlich nicht vom Volk beschlossen, sondern ihm als die zu ihren Interessen *passende* Herrschaftsform vorgesetzt und zwar von Repräsentanten der nationalen Sache. Die müssen sich natürlich drauf verlassen, dass sich das Volk mehrheitlich diesem Freiheitszirkus unterordnet. Und das tun sie. Allerdings werden sinkende Wahlbeteiligungen und 'Politikverdrossenheit' sorgfältig registriert. Übergänge zur praktischen Kritik der Demokratie von links und – heute leider eher – von rechts, sind noch nicht akut. Die gewählte Herrschaft hat mit ihrer hierzulande sogar monopolisierten *Rechtsgewalt* alles im Griff. *Gegen wen* sie die einsetzt, ist angesichts der angedeuteten ökonomischen und politischen Gegensätze kein großes Rätsel: Ein üppig ausgestatteter Justizapparat legt Zeugnis davon ab, dass für viele Volksangehörigen die freie Nutzung ihrer ökonomischen Mittel nicht die gewünschten Resultate zeitigt. Dies äußert sich in einer großen Anzahl von kleinen und in in einer gar nicht so geringen Anzahl großer Diebe; vor allem aber in flächendeckender *Unzufriedenheit*. Wenn Bürger dann ihre Enttäuschung über ihr Regiertwerden äußern, dann können sie sich nicht nur der *Anerkennung* durch Politik sicher sein. Sie werden geradezu ermuntert, sie in demokratisch angemessener Form zu äußern: Alle vier Jahre dürfen die Bürger in *freier, gleicher* und *geheimer* Wahl ihren Unmut über 'schlechtes Regieren' in die Urne werfen. Ihre notorische *Unzufriedenheit* übersetzen sie in ein Wahlkreuz und verwandeln sie so in *Zustimmung* zur Herrschaft. So geht *Herrschaft* tatsächlich regelmäßig *vom Volke aus*, das dann weiter in *seinem eigenen Namen* regiert wird.

Die Demokratie, über die das politische Leben hier per Herrschaftsausübung geordnet wird, basiert also nicht auf einem Missverständnis von Regierenden. Demokratie stellt vielmehr die zum Kapitalismus ziemlich perfekt passende Organisation von Herrschaft dar.² Und Volksherrschaft gibt es auch nur so. Leute, die jene ökonomischen Eigentumsgegensätze hinter sich gelassen haben, die das Leben der Massen zur Tortur machen, und einvernehmlich Bedingungen für ein erfülltes Leben organisieren, hätten wahrlich Besseres zu tun, als erneut eine mit Gewalt ausgestattete Herrschaft über sich zu errichten.

2. „... hat mir Vieles eingeleuchtet. Ich habe jedoch zwei Einwände gegen deine Antwort. Wie kommst du darauf, dass ich ein Ideal von Demokratie verfolge und damit die Kritik an der herrschenden politischen Ordnung zurücknehme? Und zum anderen teile ich deine Auffassung nicht, dass Bürger mit ihrem Wahlkreuz Unzufriedenheit in Zustimmung verwandeln, wie du schreibst. Die sind doch weiterhin unzufrieden. Die jubeln doch jetzt nicht der Regierung zu.“

Zum ersten Einwand: Du grenzt jene demokratische Ordnung, die hier *existiert*, von deiner

² Vgl. dazu auch: Das Volk: eine furchtbare Abstraktion, in : GegenStandpunkt, Heft 1/06

Vorstellung einer besseren Demokratie ab. Damit konstruierst du eine *Gemeinsamkeit*, nämlich die zwischen *schlechter* und *guter* Verwirklichung *derselben* Ordnung, mit eben denselben demokratischen Zielen. Du erklärst so die realexistierende Demokratie zur bloßen Verfehlung dessen, was sie im *Kern* auch hierzulande eigentlich ist: eben deine wahre Volksherrschaft. So adelt deine nur negative Kritik letztlich genau jene Ordnung, die du durch eine bessere ersetzen willst. Noch einmal anders: Wer sich überlegt, wie Menschen am besten ein Leben gemeinsam organisieren können, der käme schnell zu der Feststellung, dass es dafür einer zentralen Voraussetzung bedarf, nämlich eines *Produktionsverhältnisses*, in welchem sie nicht in jenem absoluten Gegensatz zueinander stehen, wie dies das *kapitalistische* Produktionsverhältnis auszeichnet. Damit wäre zugleich das Urteil gefällt, dass eine Demokratie, die es mit ihrer politischen Ordnung schafft, diesen absoluten Gegensatz für nationale Interesse funktional zu und organisieren, nicht ihre Sache sein kann. Du kannst an dieser Überlegung merken, dass du einem *positiven Werturteil* über Demokratie – und auch über Volk - so sehr verhaftest bist, dass dir erneut nichts anderes als Demokratie einfällt, wenn du zur Kritik der herrschenden Demokratie ansetzt.

Zu deinem zweiten Einwand: Natürlich ist die Unzufriedenheit von Wahlbürgern mit ihrer Regierung nicht erloschen, wenn sie – nimm das mal wörtlich: - ihre Stimme abgeben. Viele von ihnen gehen ja sogar mit dem Raisonement zu Wahl, das würde sowieso nichts bringen. Was ich gemeint habe ist Folgendes: Die *praktische Zuständigkeit* für Sorgen, die sie vielleicht in Sachen Mieten, Krankenkasse, Arbeitsplatzsicherheit etc. haben, treten sie mit dem von ihnen vollzogenen Akt der Wahl an die Regierung ab. Dabei mögen sie *denken*, was sie wollen: Ihre *Tat* spricht Bände. Sie ist die *Zustimmigkeitserklärung* an die Adresse der Politik, dass allein sie sich nun um die Bürgersorgen zu kümmern hat. Der Wahlbürger hat vier Jahre Sendepause. Seine *bleibende* und im Alltag ständig wieder aufs Neue genährte Unzufriedenheit darf er zwischenzeitlich mit viel trostlosem Gemecker pflegen. Dafür - und nur dafür - gibt es ja die grundgesetzlich verbrieft Meinungsfreiheit.